

V-36 NEU Beschluss Einmarsch der Türkei in Syrien ist völkerrechtswidrig –
Rüstungsexporte an die Türkei umgehend stoppen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: Beschlüsse (vorläufig)

- 1 Am 21. Januar 2018 startete die Türkei mit der „Operation Olivenzweig“ den Einmarsch
2 in die
3 nordsyrische Region Afrin, die eines der Rückzugsgebiete für Flüchtlinge und
4 Binnenvertriebene in Syrien ist. Unzählige Menschen sind bereits durch den Krieg
5 Assads
6 gegen seine eigene Bevölkerung und die barbarischen Verbrechen vom ISIS zur Flucht
7 in genau
8 dieses Gebiet gezwungen worden, sie dürfen nicht noch einmal den Horror von Krieg
9 und
10 Vertreibung erleben. Der türkische Militäreinsatz richtet sich gegen die YPG den
11 militärischen Arm der kurdischen PYD, die die Autonomiebehörde kontrolliert. Doch
12 sind auch
13 zivile Opfer zu beklagen. Nach der entscheidenden Schwächung von ISIS, bei der unter
14 anderem
15 kurdische Milizen der YPG eine entscheidende Rolle gespielt haben, tritt der Krieg in
16 Syrien
17 mit der Invasion in eine weitere erschütternde Gewaltphase ein. Mit dem Einmarsch in
18 Nordsyrien gießt Präsident Erdogan Öl in den regionalen Flächenbrand. Bündnis 90 /
19 Die
20 Grünen verurteilen diese Invasion als eine Verletzung des Völkerrechts sowie als eine
21 unverantwortliche militärische Gewalteskalation. Das militärische Vorgehen der Türkei
22 in
23 Syrien wird die Lage dort dramatisch verschlimmern und das Ausmaß der humanitären
24 Katastrophe weiter vergrößern. Bereits jetzt befinden sich laut UN-Angaben mehr als
25 5.000
Menschen auf der Flucht vor der türkischen Offensive.
- Der Einmarsch der Türkei ist einerseits innenpolitisch motiviert, er soll von der
schlechten
wirtschaftlichen Entwicklung und der tief gespaltenen Gesellschaft ablenken. Erdogans
Außenpolitik der vergangenen Jahre ist krachend gescheitert. Von seinem Ansatz der
„null
Probleme mit den Nachbarn“ ist heute eine Situation voller Konflikte mit fast allen
Nachbarn
geworden. Nach der Aufkündigung der Friedensgespräche mit der PKK und einem
unverhältnismäßigen militärischen Einsatz auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung
im
Südosten der Türkei hat Erdogan es bisher nicht geschafft, eine tragfähige politische
Lösung
der sogenannten Kurdenfrage anzubieten. Gleichzeitig kritisieren wir auch die Nähe
der YPG
zur PKK, deren Teilorganisationen in der vergangenen Jahren schwere Terroranschläge

in der
26 Türkei auch gegen Zivilisten verübt haben. Dieses Anheizen der Gewaltspirale wird den
27 innertürkischen Konflikt nicht lösen. Wir verurteilen diese Gewalt scharf. Die
Verbindungen
28 zwischen der YPG und der PKK rechtfertigen jedoch keinen Einmarsch in Syrien, für die
Türkei
29 sind sie aber ein berechtigter Grund zur Sorge.
30 Andererseits nutzt der türkische Einmarsch vor allem den syrischen und russischen
31 Kriegeinteressen, denn er richtet sich gegen die innenpolitische Opposition Assads und
32 treibt einen Keil zwischen die Türkei und ihre NATO-Partner – allen voran die USA, die
33 bislang die kurdischen Einheiten auch mit Waffen unterstützt haben. Damit rückt eine
34 politische Lösung des Syrienkonflikts in weite Ferne.
35 Der türkische Einmarsch zeigt zudem auch das Scheitern der deutschen und
europäischen
36 Türkeipolitik auf. Viel zu lange wurde kaum oder viel zu leise Kritik an den zunehmend
37 autokratischen und unberechenbaren Kapriolen der türkischen Innen- und Außenpolitik
geübt.
38 Mit dem Flüchtlingsdeal hat sich die EU durch Erdogan erpressbar gemacht. Präsident
Erdogan
39 fühlt sich offensichtlich immun genug, um sich eine ganze Reihe innen- und
außenpolitischer
40 Eskalationen zu erlauben, ohne laute Kritik aus Berlin und Brüssel befürchten zu
müssen. Die
41 Bilder von offenkundig deutschen Leopard-2-Panzern in Syrien sind eine drastische
42 Illustration der fehlgeleiteten deutschen Rüstungsexportpolitik in Krisen- und
Konfliktländer
43 der letzten Jahre. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hat der Türkei gerade erst die
44 Modernisierung der Panzer in Aussicht gestellt. Erneut rücken Menschenrechte und
Demokratie
45 in den Hintergrund, weil ein lukratives Angebot für Rheinmetall winkt.
46 Auch die vermeintliche Entspannung der deutsch-türkischen Beziehungen ist nur
Fassade,
47 solange Deniz Yücel und andere politische Geiseln unschuldig in Haft sitzen. Deniz
Yücel
48 verdient unseren größten Respekt dafür, dass er in seinem letzten Interview deutlich
gemacht
49 hat, nicht durch schmutzige Deals mit der Türkei freikommen zu wollen. Es muss der
deutschen
50 und europäischen Außenpolitik gelingen, gegenüber der Türkei aus dem Teufelskreis
aus
51 Abhängigkeit und Eskalation auszubrechen.
52 Wir GRÜNE haben intensiv über den Umgang mit den entstandenen Konflikten und
deren mögliche
53 Deeskalation diskutiert und sind nicht den leichten Weg vieler anderer gegangen,
einfache
54 Antworten auf komplizierte Fragen zu geben. Wir haben uns für umfassende zivile und
55 politische Lösungen stark gemacht. Die kann es aber nur geben, wenn die

internationale

56 Gemeinschaft ihren politischen Willen dazu deutlich erhöht.

57 Die Entwicklung hat der letzten Woche in erschreckender Eindeutigkeit gezeigt, dass
Frieden

58 im Mittleren Osten ohne eine Einbeziehung kurdischer Interessen nicht machbar sein
wird.

59 Schon jetzt versuchen Menschen in der Region - seien es Kurd*innen, Alevit*innen,
60 Araber*innen, Christ*innen, Jesid*innen, Assyrer*innen oder Armenier*innen - unter
widrigen

61 Umständen eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Vertreibungen,
Diskriminierungen von

62 Minderheiten und Menschenrechtsverletzungen, die nach wie vor stattfinden,
verurteilen wir.

63 Wir bekennen uns zu einem friedlichen, international getragenen Umgang mit der
Kurdenfrage.

64 Eine Lösung kann nicht in einer weiteren Eskalation des Krieges und weiterer
militärischer

65 Aufrüstung liegen, sondern muss friedlich, unter Einbeziehung der betroffenen Staaten
und

66 Interessengruppen sowie unter Wahrung des Völkerrechts erreicht werden.

67 Wir kritisieren den Aufruf des türkischen Religionsattachés an die Gläubigen der DITIB-

68 Gemeinden, die Sieg-Sure (Fetih) zu beten, in der es um das Ziel der Eroberung geht.

69 Verherrlichung von Krieg und nationalistische Stimmungsmache lehnen wir
ausdrücklich ab. Wir

70 appellieren, die Diskussion über die aktuellen Entwicklungen in Syrien mit Argumenten
und

71 friedlich zu führen. Angriffe auf Moscheen oder kurdische Einrichtungen in Deutschland

72 verurteilen wir.

73 Mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen fordern BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

74 • Die Bundesregierung muss sich für einen sofortigen Stopp des türkischen Angriffs
in
75 Nordsyrien einsetzen.

76 • Die Bundesregierung muss umgehend die völkerrechtswidrige Intervention der
Türkei
77 innerhalb der NATO auf den Tisch bringen und darauf drängen, dass die NATO
endlich
78 geeignete Konsequenzen zieht - auch mit Blick auf die Awacs-Aufklärungsflüge.

79 • Mehr denn je müssen Deutschland und Europa klare Kante für Demokratie und
80 Menschenrechte in der Türkei und in der Region zeigen. Das politische Handeln
muss
81 konsequent auf die Unterstützung der verbleibenden demokratischen Kräfte in

82 der Türkei
83 ausgerichtet werden.

- 84 • Alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei müssen umgehend gestoppt
85 werden, bis die
86 Türkei zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt. Das gilt auch für die
87 von
88 der türkischen Regierung geforderte Aufrüstung der Leopard-II-Panzer, die
89 offenkundig
90 in der gegenwärtigen türkischen Militäroffensive eingesetzt werden. Ebenso
91 gehören
92 Pläne zur Beteiligung deutscher Unternehmen an Rüstungskonsortien, wie sie
93 jüngst im
94 Fall des Rheinmetallvorhabens zur Unterstützung des Aufbaus einer Panzerfabrik
95 in der
96 Türkei öffentlich wurden, ausnahmslos beendet. Die Gesetzeslücke, die solche
97 Pläne
98 ermöglicht, muss dringend geschlossen werden.
- 99 • Es braucht eine diplomatische Offensive gegenüber der Türkei und Vertreterinnen
100 und
101 Vertretern der kurdischen Bevölkerung in der Region, um Druck für eine politische
102 Lösung der Kurdenfrage zu erreichen. Für die Zukunft der Region kann es nur
103 eine
104 friedliche und politische Lösung geben.
- 105 • Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei schirmt Europa nicht nur vor Verantwortung,
106 sondern
107 Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Die EU hat sich dadurch gegenüber der
108 Türkei
109 erpressbar gemacht. Diesen Türkei-Deal wollen wir beenden. Zugleich sollte
110 damit die
111 europäische Unterstützung der über drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei nicht
112 abbrechen. Deren Versorgung nach humanitären Standards muss oberste
113 Priorität haben.
114 Auch braucht es dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 115 • Die Bundesregierung muss den politischen und wirtschaftlichen Druck auf die
116 AKP-
117 Regierung erhöhen, damit Deniz Yücel und alle anderen politischen Gefangenen
118 endlich
119 ein rechtsstaatliches Verfahren erhalten und alle unschuldig Inhaftierten frei
120 kommen.
- 121 • Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion kann es erst geben, wenn die
122 Türkei
123 eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Das gilt
124 auch
125 für die Fortführung der Beitrittsgespräche, die de facto bereits auf Eis liegen.
126 Europäische Heranführungshilfen sollten ausschließlich an zivilgesellschaftliche,
127 pro-

- 108 demokratische Organisationen ausgezahlt werden. Die Beitrittsgespräche jetzt
aber
109 komplett abubrechen, würde das falsche Signal an die proeuropäischen und
110 demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und
weltoffene
111 Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.
- 112 • Wir stehen an der Seite derer die für eine friedvolle Lösung auf der Grundlage
von
113 Völkerrecht und Menschenrechten in Deutschland gewaltfrei demonstrieren.